Thorner Zeitung.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 2 ℳ — Auswärtige zahlen bei den Kaiserl. Postanstalten 2 ℳ 50 ₰.

Begründet 1760.

Redaction und Expedition Bäckerstraße 255. Inserate werden täglich bis 2½ Uhr Nachmittags angenommen und kostet die fünfspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 10 ₰.

Nr. 25. Freitag, den 30. Januar. 1885.

Die Lotterie.

Vom Standpunkt des Moralisten aus betrachtet, ist die Lotterie weiter nichts, als ein staatlich concessionirtes Hazard-Spiel, bei dem der Spieler ganz auf die Glücks-Göttin angewiesen ist. Er kann viel gewinnen, aber auch nicht unbedeutende Summen verlieren, wenn der Hang zur Leidenschaft wird. Dazu kommt ferner noch, daß das Lotterie-Spiel in manchen Köpfen Hoffnungen auf eine günstige Zukunft entfacht, die sich nur selten erfüllen, und die weit eher durch rechtschaffene Arbeit erreicht werden können. Arbeit und Lotterie-Spiel sind zwei Begriffe, welche im schärfsten Contraste zu einanderstehen, gewinnt die Neigung zum letzteren die Oberhand, so muß die erstere vernachlässigt werden, und das kann man mit allergrößtem Recht sagen: „Wie gewonnen so zerronnen." Faßt man alle diese Umstände zusammen, so ist es schon erklärlich, wenn kürzlich im preußischen Abgeordnetenhause der Abg. Windthorst dem Wunsche Ausdruck gab, es möchten alle Lotterien im deutschen Reiche verboten werden, ein Ansinnen, das von Seiten des Centrum-Führers schon wiederholt gestellt worden und vom rein moralischen Standpunkt aus ja auch gewiß begründet ist. Eine Nation soll nicht spielen. sondern arbeiten!, und wie tiefe sittlichen Nachtheile z. B. das Lotto-Spiel in Italien im Gefolge gehabt hat, ist ja allgemein bekannt.

Es entsteht aber zunächst die Frage: Würde eine Aufhebung der Lotterie überhaupt practischen Nutzen haben und ist sie ferner angesichts der vorhandenen Thatsachen bereits unbedingt geboten? Wir glauben beide Fragen verneinen zu sollen. Die sittlichen Schäden des Spieles treten bei uns doch bisher nur vereinzelt auf und zudem ist zu befürchten, daß das geheime Hazard-Spiel sich auch in den unteren Volks Kreisen einnistete, und damit wäre dem unbegrenzten Ruin durch das Spiel erst recht Thür und Thor geöffnet. Die große Menge, welche gegenwärtig in der Lotterie nur eine Möglichkeit sieht, auch einmal schneller zu ein paar Tausend Thalern zu kommen, die würde dann erst der Spielwuth anheimfallen, die auszurotten selbst den schärfsten Gesetzen nicht gelingt. Das Hazard Spiel ist mit schweren Strafen belegt, aber trotz alledem wird es doch noch getrieben; das Verbot reizt viele Leute erst recht zu dem Treiben. Ein Aufheben der Lotterie dürfte also nach dieser Richtung kaum zu befürworten sein; die Moral würde ebensowenig, wie die Staats-Kasse Vortheil davon haben, im Gegentheil beide nur Nachtheil.

Anders ist die Sache, wenn wir die Frage ins Auge fassen, ob denn unser heutiges Lotterie-Wesen der Einrichtung nach gut ist. Das ist entschieden zu verneinen, ja wir müssen sogar behaupten, daß schwerlich ungünstigere Formen gefunden werden können. Das in Preußen bestehende Verbot des Spielens in auswärtigen Lotterien gleicht einem Siebe; es entstehen daraus nur Scherereien und Nörgeleien, die nicht den geringsten practischen Nutzen haben. Zu verwerfen ist ganz entschieden die geringe Zahl der Lotterie-Collecteure; der Verdienst, den solche Herren haben, ist denn doch etwas zu bedeutend, und die geringe Zahl fördert nur den Loos-Zwischenhandel, der den Spielern das Geld in rapider Weise aus der Tasche lockt. Die Lotterie könnte bestehen bleiben, aber Reformen, und abermals Reformen sind dringend nöthig, welche ihr den hervorstehenden Spiel-Character nehmen und verhindern, daß ärmere Leute sich das Brod am Munde absparen, nur um einen Loos-Antheil bezahlen zu können. Wir sind auch der Ansicht, daß sich mit einem Schlage, und nicht zum Nachtheil der Staats-Kasse, eine radikale Umwälzung vornehmen läßt.

Es bedürfte vor allen Dingen einer Vermehrung der Lotterie-Loose, einer Vermehrung der Collecteur-Stellen und der Ausgabe kleinerer Loostheile. Damit wird der Loos-Vertheuerung schon bedeutend vorgebeugt. Aber das allein genügt auf die Dauer nicht, es muß noch etwas Anderes hinzutreten, um die Reform würdig durchzuführen, und das ist die Verminderung der großen Gewinne. Wozu sind z. B. in der preußischen Lotterie die 450 000 Mark nothwendig? Fallen sie insgesammt Einem Reichen zu, so ist's zu viel, und kommen sie auf 7 oder 8 kleine Leute, so ist's erst recht zu viel. Wir haben oben schon gesagt, daß große Gewinnste selten Glück und Segen bringen. Die Lotterie wird einen edleren Character gewinnen, wenn sie den weniger bemittelten Ständen leichtere und reichlichere Möglichkeit gewährt, einmal ein paar Tausend Thaler als wirksame Unterstützung zu erlangen, und auf die Erreichung dieses Zieles müssen die Gesetzgeber hinarbeiten. Der Staat hat davon keinen Nachtheil, denn die vermehrten Loose bringen, auch wenn man den Preis etwas erniedrigt, vermehrte Einnahmen, der häßliche Hazard-Spiel-Charakter wird der Lotterie genommen und sie hört auf, so unendlich Vielen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Selbst die Lotterie kann wirklich Gutes wirken, wenn sie nur darnach eingerichtet ist.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 28. Januar.

Präsident v. Wedell eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Bundesrathstische: Staatssecretair v. Schelling.

Auf der Tages-Ordnung steht erste Berathung des Antrages des Abg. Junggreen (Däne) dahingehend, in denjenigen zum deutschen Reiche gehörigen Landestheilen, wo eine nicht deutsche Sprache die Volkssprache ist, diese als Gerichtssprache zuzulassen. Nachdem begründet der Antragsteller den Antrag mit der durch die bestehenden sprachlichen Verhältnisse gebotenen Nothwendigkeit.

Staatssecretär v. Schelling erklärt, daß der Antrag keine practisch verwendbare Norm enthalte, da der Begriff der deutschen Sprache sich weder nach Osten noch nach Westen genau feststellen lasse. Speciell würde bezüglich der dänischen Sprache der Antrag der practischen Ausführung auf Schwierigkeiten stoßen, weil es schwer sein werde, Dänisch redende Richter zu beschaffen.

Auch die Redner der freisinnigen Partei wie der Conservativen und Nationalliberalen sprechen sich gegen den Antrag aus, indem sie anführen, daß sich das Sprachgebiet gar nicht so genau feststellen lasse, kein Bedürfniß dafür vorliege, da auch die meisten Nichtdeutschen deutsch sprächen, und endlich der Antrag direct sich gegen das Reich richte. Abg. Windthorst, Polen und Elsasser wünschten Commissionsberathung, ebenso Abg. Liebknecht (Soc.)

Der Antrag wird jedoch im Plenum in zweiter Lesung berathen.

Es folgt Antrag des Abg. Kahle wegen Aufhebung des Dictatur-Paragraphen in der Verfassung von Elsaß-Lothringen. Der Antragsteller befürwortet denselben. Die Bestimmung sei nur für den Fall von Unruhen getroffen. In Elsaß-Lothringen sei aber die Ruhe noch nie gestört. Die Bestimmung gebe die absolute Gewalt in die Hände eines Einzelnen und damit sei immer die Gefahr des Mißbrauches verbunden, und solche mißbräuchliche Anwendung der aus dem Dictatur-Paragraphen hergeleiteten Befugnisse sei nichts Seltenes. Seit der Statthalterschaft werde die Befugniß des Dictatur-Paragraphen vielmehr als früher angewendet. [Redner schweift wiederholt von der Sache ab, so daß er vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht wird. Der letztere erklärt auch verschiedene Aeußerungen Kahle's, namentlich eine, die Behandlung Elsaß-Lothringens sei himmelschreiend für parlamentarisch unzulässig.]

Unterstaatssecretär für Elsaß-Lothringen v. Puttkamer weist die Ausführungen des Vorredners entschieden zurück, und daraufhin, daß das Reichsland ja einen regelmäßig zusammentretenden Landtag habe, in dem alle Beschwerden vorgebracht werden könnten. Was den Antrag angehe, erkennt Redner im Großen und Ganzen an, daß die Ruhe im Reichslande nicht gestört sei, allein er bestreite ganz entschieden, daß die Bevölkerung sich dort bereits Deutsch fühle. Die Aufrechterhaltung des Dictatur-Paragraphen sei geboten mit Rücksicht auf die Agitationen an der Grenze von Frankreich, welche die elsassische Frage offen halten wollten, obgleich es eine solche gar nicht gebe. Zur Bekämpfung solcher Bestrebung gebrauche die Regierung geeignete Maßregeln. Der Abg. Antoine sei das Haupt der französischen Partei in Elsaß-Lothringen, die Regierung müsse also in geeigneter Weise gegen ihn vorgehen können. Redner corrigirt noch verschiedene vom Abg. Kahle vorgebrachte Beschwerden und schließt damit, der Statthalter

Die weiße Maske.

28.)

Novelle von A. Heyl.

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung.)

Im Leobrecht'schen Hause hatten traurige Veränderungen stattgefunden; das Herz blutete ihr, wenn sie des blinden Greises gedachte, der im Ueberflusse alt geworden war und dessen letzte Lebensjahre durch furchtbare Heimsuchungen verdüstert wurden. Die Generalin neigte zu der Ansicht, welche alte Leute mit Vorliebe zu hegen scheinen, es sei nicht mehr schön auf der Welt, in ihrer Jugend sei alles besser gewesen. Auch im gegenwärtigen Augenblicke gab sie sich ähnlichen Gedanken hin und blickte wie um Bestätigung zu erhalten, nach dem Bilde ihres seligen Mannes. Die ganze Einrichtung der Frau von Schwerdt stammte, wie sie selbst, noch aus der alten Zeit Eines paßte zum andern. Ueber dem Sopha hing die Uhr und zu beiden Seiten derselben die Bildnisse der beiden Gatten im Hochzeitsstaate. Der General nahm sich stattlich im Bilde aus, in großer Uniform, die Brust voll Orden, sein joviales Gesicht schaute gutmüthig auf die Gefährtin herab, als wolle er sie trösten und sagen: „Sei zufrieden, Alte! hast gute Tage genug gehabt im Leben, mußt jetzt die noch übrigen mit in den Kauf nehmen. Halte Dich tapfer bis an's Ende!"

Die Generalin wischte sich die Augen und legte das Kartenspiel zusammen, das ihr heute viel zu denken gab. „Seltsam!" sagte sie, „die Karten gehen drei Mal nach einander auf; das kommt selten vor. Sollte? — Ach was! — Wie kann ich nur so dumm und abergläubisch sein! Schäme dich — alte Schwerdt!"

Nach dieser Strafrede, die sie sich selbst hielt, schickte sie sich an, den soeben empfangenen Brief zu lesen; sie legte denselben auf ein Tischchen in der Nähe des Fensters und suchte die Brille. — Ehe sie diese finden konnte, kündete leises Klopfen an der Thüre einen Besuch an. „Emilie Leobrecht!" rief sie der Eintretenden entgegen. „Willst Du Dich einmal nach Deiner alten Base umsehen?" „Und zum Geburtstag Glück wünschen", ergänzte Emilie. „Der Großpapa läßt vielmals grüßen und durch mich seine guten Wünsche darbringen."

Frau von Schwerdt dankte gerührt. „Wie geht es dem alten Leobrecht?" fragte sie Emilie. „Erträglich", antwortete das junge Mädchen; „er ist in der letzten Zeit viel geduldiger geworden, und läßt sich Manches gefallen, was ihn früher außer Fassung brachte. Unsere Hausfrau konnte ihn sonst mit ihren weitschweifigen Erzählungen in die Flucht treiben; jetzt setzt er sich zu ihr in den Garten und hört eine Geschichte mit an, welche sie ihm schon hundert Mal zum Besten gab, eine wunderbare Historie von Freimaurern und weißen Masken, die in unserer jetzigen Wohnung einst ihr Wesen trieben. Ich laufe davon, so oft sie mit der Einleitung beginnt. Auch Oskar sucht ihr auszuweichen, denn sie besteht darauf, er habe einen Doppelgänger in einem Polizeibeamten. Ich denke, es spukt bei ihr im Oberstübchen" „Was treibt Oskar? wie geht es ihm? Ich bekomme ihn nie zu Gesicht." „Er wird recht alt", sprach Emilie. „Sie werden ihn sehr verändert finden, liebe Base! Haar und Bart fangen schon an, grau zu werden; er läßt den Kopf hängen und ist theilnahmslos für Alles, was nicht Geschäft heißt." „Das machen die Sorgen, mein Kind! Oskar hat einen schweren Anfang gehabt; man muß die größte Achtung vor ihm haben, wenn man hört, in wie kurzer Zeit er das Geschäft wieder emporgebracht und sich selbst Ehre und Ansehen in der Handelswelt erworben hat. Solche Erfolge erzielt man nicht ohne Mühe und Kampf und die gebratenen Tauben sind noch keinem in den Mund geflogen. Wenn er wieder zu euch kommt, dann vermelde ihm meinen Gruß und sage, ich würde mich freuen, ihn einmal bei mir zu sehen" „Diesen Auftrag kann ich ausrichten, sobald ich nach Hause komme; denn Oskar ist beim Großpapa, um wichtige Dinge mit ihm zu besprechen. Er kam sehr aufgeregt an, hielt ein Zeitungsblatt in der Hand und rief: Endlich eine Spur! Sobald er meine Anwesenheit entdeckte, verstummte er. Ich vermuthe, er ist einem alten Schuldner vom Großpapa endlich auf die Spur gekommen." „Möglich", gab Frau von Schwerdt zu. — „Na sag' einmal! Was gibt es denn sonst Neues?"

Bei dieser Frage erröthete das Fräulein und senkte den Blick verlegen, doch schalkhaft lächelnd. Sie war im Begriff, etwas zu sagen, stockte plötzlich, faßte sich aber rasch wieder und gab die Neuigkeit zum Besten, daß der Regierungsrath von Stützelhuber in den Ruhestand versetzt sei und in Folge dessen seinen Wohnsitz nach einer niederbayerischen Stadt zu verlegen gedenke. „Das habe ich längst vorausgesehen", versicherte die Generalin. „Die Frau ist schuld daran; sie blamirt sich und ihn bei jeder Gelegenheit. — Geschieht ihm recht, warum hat er so dumm geheirathet. In der Jugend war er zu wählerisch, und in seinen alten Tagen beging er den dummen Streich, ein Weib aus dem Volke zur Regierungsräthin zu machen. Die Frau mag im Wirthszimmer eine ganz passable Figur spielen, im Salon macht sie sich lächerlich. Ich habe diese Wahl nie begreifen können." „Das Geld wird wohl den Ausschlag gegeben haben", meinte Emilie, „und was die mangelhafte Bildung betrifft, so hoffte er vielleicht, diese durch eine gewisse Politur zu ersetzen, und dachte an das bekannte Sprichwort: Kleider machen Leute." „Die ist aus einem Holz geschnitzt, welches sich nicht poliren läßt", rief Frau von Schwerdt lachend aus. „Elegante Kleider stehen nur solchen Leuten, die sie auch zu tragen und sich darin zu bewegen wissen. Aus einem Schubkarren macht man keine Chaise, wenn man ihn auch noch so schön lackirt. Jede Pflanze braucht ihren eigenen Boden, wenn sie gedeihen und erfreuen soll; die Kartoffel setzt man nicht in den Blumentopf und die Camelie nicht auf's Ackerfeld. Stützelhuber thut wohl daran von hier wegzuziehen. — Da wird ja in Göller's Hause eine schöne Wohnung frei!" „Die Wohnung hat bereits einen Herrn gefunden", erzählte Emilie. „Meta Göllers verlobte sich mit Adalbert Stöhner, wird sich im Herbste verheirathen und das obere Stockwerk im elterlichen Hause beziehen." Die alte Dame drückte durch mehrmaliges Kopfnicken ihre volle Befriedigung aus. „Gottlob, daß wieder eine alte Jungfer unter die Haube kommt. Was ist denn der Bräutigam? Kaufmann, Banquier, Rentner?" „Nichts von Alledem — er ist Literat", rief Emilie mit komischer Feierlichkeit. „Literat!" Frau von Schwerdt dehnte das Wort bis in's Unendliche. „Ist mir Das auch eine Partie! — Literat! — daß Gott erbarm! Es ist nicht mehr schön auf der Welt, die Leute werden mit jedem Tage verrückter und heirathen so dumm in den Tag hinein, daß sich vernünftige Menschen darüber ärgern müssen."

(Fortsetzung folgt).

halte den Dictatur-Paragraphen für nöthig, um die Ruhe im Lande zu wahren.

Um 1/26 Uhr wird die Weiter-Berathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Preußischer Landtag.

Haus der Abgeordneten.

10. Sitzung vom 28. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: v. Puttkamer und mehrere Commissarien.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf über die Veräußerung und hypothekarische Belastung von Grundstücken im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts.

Das Haus tritt in die erste Berathung des Antrages der Abg. Frhr. v. Huene, Dr. Lieber (Montabaur) und Genossen auf Annahme eines Gesetzentwurfs betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten directen Communalabgaben. Der Entwurf enthält Bestimmungen über die Gemeindebesteuerung des Einkommens der juristischen Personen rc. und Forensen, die Vermeidung von Doppelbesteuerungen und das Steuerdomizil der Beamten und entspricht im Wesentlichen dem in voriger Session nicht erledigten Entwurf eines Communalsteuer-Nothgesetzes.

Nach der Begründung durch den Antragsteller erklärt Unterstaatssecretär Herrfurth, nachdem der in vorigem Jahre von der Regierung eingebrachte Entwurf nicht zu Stande gekommen, erwäge die Regierung, ob die Angelegenheit nicht auf breiterer Grundlage zu regeln sei. Eine bezügliche Vorlage sei in Ausarbeitung.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (freiconf.) erklärt sich gegen eine Communalbesteuerung der Staatsbahnen.

Abg. Stengel dankt dem Centrum Namens der freiconservativen Partei für die Einbringung des Antrages, da der vorhandene Nothstand dringend Abhilfe erheische.

Abg. Lauenstein (natl.), v. Quast (cons.) und Zelle (freis.) befürworteten den Entwurf.

Nachdem auch die Frage behandelt, ob der Gesetzentwurf der Commissions-Berathung zu überweisen sei, wird ein darauf gerichteter Antrag Zelle abgelehnt, die Specialberathung vorgenommen und der Entwurf angenommen.

Der Antrag Baudissin und Genossen auf Annahme eines Gesetzentwurfes betr. Ergänzung und Abänderung der Bestimmungen über die Aussonderung des steuerartigen Theils aus den sog. stehenden Gefällen in der Prov. Schleswig Holstein wird der Agrar-Commission überwiesen.

Der Antrag Letocha wegen Schiffbarmachung der Oder in ihrem oberen Theile und Herstellung einer Wasserstraße von Fürstenberg a. Oder nach der Oberspree bei Berlin wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Gesetz-Entwurf betr. die Vertretung des Fiscus in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Justiz-Verwaltung wird in zweiter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag. (Etat.)

Tagesschau.

Thorn, den 29. Januar 1885.

— Der **Kaiser** erledigte am Mittwoch in gewöhnlicher Weise Regierungsgeschäfte und ertheilte Audienzen. — Dem Bischof von Hefele in Rottenburg ist vom Kaiser der Kronen-Orden erster Klasse verliehen.

Bezüglich der neuen deutschen Erwerbungen in Westafrika wird mitgetheilt, daß Dr. Nachtigal deren Besitzergreifung im vergangenen Sommer abgelehnt habe.

Von den Abg. Schmidt-Sagan und v. Zedtlitz ist im preußischen Abgeordnetenhause ein **Gesetz-Entwurf** betr. die Pensionirung der Volksschullehrer eingebracht. Die Pension steigt von 15/60 bis 45/60 des Diensteinkommens, soll aber mindestens 450 Mk betragen. Die Entscheidung über die Höhe der Pension erfolgt durch die Schulaufsichtsbehörde. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft haben und mit dem 1. April 1886 in Kraft treten. Der Mindestbetrag der Pension für Lehrerinnen soll 300 Mk sein.

Im Reichstage ist eine neue **Interpellation** wegen des Zusammmenbruches der deutschen Grundcreditbank in Gotha eingebracht.

Da die Socialdemokraten gar keine Anstalten machen, mit ihrem großen **Arbeiterschutz-Gesetz** in die Oeffentlichkeit zu treten, so hat die Centrums-Partei inzwischen nach ihren Anträgen einen eigenen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der sich recht hübsch ansieht, aber nur nicht practisch durchführbar sein wird. Hier sind seine Hauptbestimmungen: Absolutes Verbot der Sonntags-Arbeit (exclusive Reparaturen). Als Maximal-Arbeitszeit sollen für männliche Arbeiter 11 Stunden gelten; Kinder von 12 — 14 Jahren nur in Ausnahmefällen beschäftigt werden. Frauen sollen in bestimmten Betrieben und des Nachts gar nicht arbeiten, am Tage höchstens 6 Stunden. Von der Wiedergabe der specielleren Bestimmungen sehen wir ab, denn so schön auch Alles wäre, es wird doch nichts daraus werden, weil ein hungriger Magen und leerer Geldbeutel sich um Gesetzes-Paragraphen nicht groß bekümmern.

Die Aussichten, welche für die in Commissions-Erörterung befindliche **Postsparkassen-Vorlage** gestellt wurden, waren zwar wenig günstig, indessen ist ein Erfolg keineswegs ausgeschlossen. Ein von dem Abg. von Manteuffel gestellter Antrag dürfte nicht ungeeignet sein, die Grundlage für eine Vermittelung zu bieten, wenn anders die Reichsregierung nicht principiell hiergegen ist. Der Antrag will in der Hauptsache, daß einige Postsparkassen nur da eingerichtet werden sollen, wo die bestehenden Sparkassen auf eine Benutzung der Post für Sparzwecke verzichten. Damit würde also nur eine theilweise Einführung der Postsparkassen ausgesprochen werden, und es wäre reichlich Gelegenheit vorhanden, die jetzt erhobenen Bedenken und Zweifel an der Hand der Praxis zu prüfen.

Sehr wenig verspricht man sich aber von den **Berathungen der socialpolitischen Commission**. So hübsch sich Alles theoretisch ansieht, bei praktischer Ausführung ergeben sich unüberwindliche Schwierigkeiten. Wir sind für den Normal-Arbeitstag, das Verbot der Sonntags-Arbeit rc. noch lange nicht genügend vorbereitet. Dazu muß die Industrie selbst erst wieder völlig gefestigt sein und durchaus lohnende Einnahme-Quellen haben. Von dem socialistischen Arbeiter-Schutz-Gesetz merkt man noch immer nichts. Die ganze Reclame, welche damit gemacht ist, ist eitel Wind gewesen. Die Socialdemokraten zeigen, daß sie auch nichts weiter können, als Brod essen.

Die **Börsensteuer-Commission des Reichstages** hat das Princip der procentualen Steuer mit 13 gegen 7 Stimmen, den Schlußnoten-Zwang einstimmig angenommen. Eine Sub-Commission soll bestimmte Vorschläge ausarbeiten.

Die „Nordd. Allg. Ztg. giebt eine Uebersicht der Hauptpunkte des neusten **Abänderungs Antrages zur Gewerbeordnung**. Sie bemerkt dazu: Man wird abzuwarten haben, ob die Antragsteller die sehr tiefgreifenden Umgestaltungen durch die von ihnen zu liefernde Motivirung zu rechtfertigen vermögen! Das ist deutlich genug gesagt!

Der zwischen Preußen und Rußland abgeschlossene **Auslieferungs-Vertrag** ist seit einer Woche zur allgemeinen Kenntniß gebracht worden Soviel sich übersehen läßt, ist weder in Deutschland noch in Oesterreich, das bei der ganzen Frage doch nächst den beiden Contrahenten am meisten interessirt ist, dem Vertrage sonderliche Sympathie entgegengebracht. Allgemein wird hervorgehoben, daß der Kampf gegen die Anarchisten in dem Schriftstück nicht die erste Rolle spiele, sondern daß Rußland nur bestrebt ist, ihm unbequeme Persönlichkeiten mit guter Manier für einige Zeit stumm zu machen. Diese sehr kühle Aufnahme erklärt auch wohl das auffällige Schweigen der preußischen Regierungsorgane, man wird abwarten wollen, was der Reichstag sagt.

Die Nachricht, **Prinz Heinrich von Preußen** wolle Kamerun besuchen, wird für unbegründet erklärt. Der Prinz wird im Frühjahr auf das Uebungsgeschwader commandirt.

Die „Post“ hält ihre Mittheilung von einen **Protest gegen das Testament des Herzogs von Braunschweig** aufrecht. Hiernach sollen die Intestaterben des Herzogs Wilhelm von Braunschweig das Testament desselben anzugreifen beabsichtigen und wird als feststehend angenommen, daß die Frage nach der Giltigkeit oder Ungiltigkeit des Herzoglichen Testaments nunmehr doch noch ihre Lösung durch die competenten Gerichte erfahren wird.

Im **dänischen Abgeordnetenhause** kann man sich schon wieder einmal nicht über die Höhe der Staatsausgaben einigen. Man wird wohl von einer definitiven Etatsaufstellung Abstand nehmen und die Gelder vorläufig provisorisch bewilligen.

Nachdem nun von Italien die erste Annectionsthat vollbracht d. h. Beilub am Rothen Meere von Italien in Besitz genommen ist, hat der Minister des Auswärtigen, Mancini, in der Kammer **Darlegungen über die italienische Colonial-Politik** gegeben. Alles, was früher bestritten wurde, ist nun doch wahr. Im Uebrigen saß der Minister gewaltig hoch zu Rosse: Er legte dar, Italien müsse sich ebenfalls an dem Kampfe gegen die Barbarei betheiligen, d. h. also Kolonieen erwerben, werde jedoch sich in „mäßigem“ Kreise bewegen und die Rechte anderer Nationen respectiren. Das Rothe Meer sei für Italien am wichtigsten, es sei der Schlüssel zum Mittelmeer. Italien habe, ohne der Allianz mit Deutschland und Oesterreich untreu zu werden, eine Freundschaft mit England hergestellt u. s. w Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß Italien darauf eingegangen ist, England in Aegypten der Türkei und vielleicht auch Frankreich gegenüber den Rücken freizuhalten und für diesen Freundschaftsdienst nimmt es am Rothen Meere so viel Land, wie es noch bekommen kann. Ganz allmählich wird dann auch wohl Tripolis an die Reihe kommen und dann hat Italien die Revanche für die Annection von Tunis durch Frankreich. Diese ganze Politik geht nun unter der Firma „Kampf gegen die Barbarei“ vor sich. Das macht sich recht stolz, sonst steckt aber nichts weiter dahinter, als das Verlangen nach größerem Besitz.

Ein Telegramm aus Saigun meldet, die **Aufständischen in Cambodscha** seien völlig zerstreut. Drei französische Kolonnen durchstreifen das Land zur Verfolgung der Flüchtlinge.

Provinzial-Nachrichten.

* **Aus Westpreußen,** 27. Jan. Das nunmehr erschienene erste Verzeichniß der beim preußischen Abgeordnetenhause in dieser Session eingegangenen Petitionen führt u. A. folgende Petitionen auf: Fritz Schulze und Gen., Eigenthümer im Dorfe Langenau beantragen die Bahnenbauten zum Schutze des Weichsel-Ufers gegen Langenau lediglich auf Staatskosten auszuführen. Der Magistrat zu Strasburg i. Westpr. beantragt die Stadt Strasburg von der vertragsmäßigen Verpflichtung, 15000 Mk zur Einrichtung des dortigen Gymnasiums an den Fiscus zu zahlen, zu entbinden. Petitionen von Lehrern um Vorlegung eines Schuldotations- und Pensionsgesetzes sind aus Neustadt vom Abg. Rickert, aus Strasburg vom Abg. Jaeckel überreicht worden. Zu erwähnen ist ferner eine Petition von 52 572 Familienvätern aus der Provinz Posen um Aufhebung der Schulordnung vom 27. October 1873 und Erlaß einer anderen, welche den Bedürfnissen und Rechten der Eltern mehr entspricht.

— **Graudenz,** 27. Jan. Wie in einer Correspondenz der „D. Z“ verlautet, werden bereits jetzt Vorkehrungen auf der Festung getroffen, um es zu ermöglichen, daß sämmtliche Officiere — auch die verheiratheten — dort wohnen können. Den Beamten, welche nicht unmittelbar zur Truppe gehören, sind die Wohnungen gekündigt worden und werden dieselben für Stabsofficiere eingerichtet. Ein anderes Gebäude wird zur Unterbringung von 16 unverheiratheten Officieren eingerichtet. Auf diese Weise werden unten in der Stadt eine Menge Wohnungen frei und die sehr hohen Miethspreise bedeutend sinken.

* Wie der „Ges.“ hört, hat das Comitee für die Gewerbe-Ausstellung sich dahin schlüssig gemacht, von der Benutzung der Räumlichkeiten der Artillerie-Caserne auch für den Fall, daß dieselbe gewährt werden sollte, abzusehen, weil dort die Ausstellung in mehrfacher Hinsicht beengt sein würde. Wahrscheinlich wird das Schützenhaus gewählt, eine vorläufige Abstimmung ergab dafür eine Mehrheit, nachdem diejenigen Herren, welche mit den Unterhandlungen betraut waren, erklärt hatten, daß sie bei den Interessenten am Schützenhause das bereiteste Entgegenkommen gefunden hätten, was bei einem andererseits in Aussicht genommenen Lokal nicht der Fall gewesen sei. Da bei der Wahl eines Privatplatzes ein besonderes Ausstellungsgebäude errichtet werden muß, gab das Comitee dem Vorschlage Zustimmung, die bei der Marienburger Ausstellung benutzte, inzwischen von dem Besitzer wesentlich vergrößerten Holzgebäude leihweise zu übernehmen. Mit der Zeichnung eines Garantiefonds wurde zugleich der Anfang gemacht; die Zeichnung ergab ca. 1500 Mk.

— **Marienburg,** 27. Jan. Seit dem 17. d. Mts. wird der Besitzer Wilhelm Jahn aus Rothebude (Kreis Marienburg) vermißt Derselbe hat sich an dem genannten Tage auf Schlittschuhen per Eisbahn nach Elbing begeben und von dort zwei Tage später in den Pr. Holländer Kreis. Da seitdem nichts von ihm verlautet, wird angenommen, daß er verunglückt oder, da er Geld bei sich führte, überfallen und beraubt worden ist. („D. Z.“)

* **Danzig,** 28. Jan. Ein sehr schwerer Unglücksfall ereignete sich, der „D. Z.“ zufolge, gestern bei der Dreschmaschine auf dem Gute Rexin. Die unverehelichte 23 Jahre alte Auguste Gartmann, welche mit bei derselben beschäftigt war, wurde nach

---

Die ersten rheinischen Missionsstationen unter deutschem Protectorat.

(Aus der „Rheinisch-Westfälischen Post“.)

I.

Die Bastards auf Rehoboth und das deutsche Protectorat.

Das in diesen Tagen zur Ausgabe kommende Februarheft der „Berichte der Rheinischen Missions Gesellschaft“ enthält außergewöhnlich interessante und wichtige Mittheilungen. Es haben sich nämlich die ersten zwei der afrikanischen Stationen der Gesellschaft unter den Schutz des deutschen Reiches gestellt: am 11. October v. J. ist ein dahin lautender Vertrag von Herrn Dr. Höpfner auf Rehoboth und am 28. October ein gleicher durch den Generalconsul Herrn Dr. Nachtigal auf Bethanien abgeschlossen worden.

Der Hergang dieser wichtigen Begebenheiten ist in Kürze folgender.

Missionar Heidmann auf Rehoboth schreibt unter dem 14. October:

Schon seit längerer Zeit hegten die Bastards den Wunsch, die muthmaßlich reichen Erzlager in ihrem Gebiete ausbeuten zu lassen, um dadurch ihren so sehr gesunkenen Wohlstand zu heben. Von einem Händler im Herero-Lande, namens R. L. war die erstere Anfrage in dieser Richtung an unsere Leute gekommen, da derselbe aber keine bestimmte Anerbietung machen wollte, so gab man ihm auch keine Zusage. Im August v. J. schrieb nun Herr Koch von der Walfischbai, daß er von einem deutschen Herrn ermächtigt sei, Contracte wegen Minen-Concessionen abzuschließen. Der Contract, den er gleich beigefügt hatte, entsprach indes nicht ganz den Wünschen der Bastards und so wurde er gebeten, persönlich hierher zu kommen, um dann desto leichter eine Verständigung und Einigung zu erzielen. Ehe eine Antwart auf diesen letzten Brief erfolgte, kam die Post hier an mit der überraschenden Nachricht, die deutsche Regierung habe die Protection über den ganzen Küstenstrich vom Großfluß bis Kap Frio übernommen und proclamirt. Zugleich kam ein anderer Brief an unsern Kapitän Hermanus von Wyk an, in welchem ihm mitgetheilt wurde, daß mit demselben Schiffe, welches die Proclamirung der Annexion vollzogen hatte, die Herren Dr. Höpfner und Lüderitz angekommen seien. Diese Herren hätten Briefe der deutschen Regierung vorgezeigt, durch welche sie bevollmächtigt seien, Verträge mit den Häuptlingen im Lande abzuschließen, die dann baldigst von einem kaiserlichen Commissar eingesehen und bestätigt werden sollten. Deutschland wolle weder Weiße noch Eingeborene ihrer Rechte, Freiheiten und ihres Landes berauben, sondern sie vielmehr in dem Besitz derselben schützen. Die Herren würden zunächst zu Kamaharero gehen, dann aber auch zu den Bastards kommen. Missionar Böhm sprach dazu die Ueberzeugung aus, daß man diesen Herren volles Vertrauen schenken und getrost mit ihnen verhandeln und Verträge abschließen könne; er und auch die beiden andern dort gerade anwesenden Missionäre hätten das Vertrauen, daß das Vorhaben dieser Herren zum Besten aller Bewohner des Landes ausschlagen könne.

Diese Briefe und Mittheilungen machten hier natürlich nicht geringes Aufsehen und versetzen unsere Leute in einige Aufregung. So gern sie auch Mienen-Unternehmungen zu begünstigen wünschten, so hegten sie doch Mißtrauen gegen die damit verbundenen politischen Absichten.

Die Verhandlungen der genannten Herren mit Kamaharero nahmen ein klägliches Ende, wohl ohne Zweifel durch den Einfluß des schon oben genannten englischen Händlers L. Auch unsere Bastards hat er mehrfach in gleichem Sinn zu beeinflussen gesucht. Durch Briefe mit Warnungen, sich doch nicht mit den Deutschen einzulassen, ja er hat sogar gewagt, ohne Erlaubniß der hiesigen Regierung, im Namen der Rehobother Bastards einen Brief an den Gouverneur in Kapstadt zu schreiben, in welchem sie in einer für die Deutschen gerade beleidigenden Weise um Schutz gegen dieselben ersuchen, und den lebhaften Wunsch äußern wieder (?) britische Unterthanen zu werden.

Die andern deutschen Herrn kehrten von Okahandya nach Otyimbingue zurück, nur Dr. Höpfner machte noch erst einen Besuch auf Otyizeva und faßte dann dort den Entschluß nach hierher zu gehen, um, wie er unserm Kapitän gleich bei seiner Ankunft am 9. Oktober sagte, die Wünsche der Bastards entgegen zu nehmen. Das war nun freilich nicht nach dem Sinn unserer Leute, denn sie erwarteten vielmehr, daß er ihnen Anerbietungen machen sollte. Es kam aber nun doch am folgenden Tage zu langen und lebhaften Verhandlungen. Mehr als einmal mußten dieselben unterbrochen und den Bastards Gelegenheit gegeben werden, sich erst unter einander zu berathen. Es handelte sich dabei ganz besonders um die Form eines Briefes der Bastards an den deutschen Kaiser. Schließlich kam dieser Brief in der beifolgenden Form zu stande und wurde am 11. October mittags vom Capitän und seinen Räthen unterzeichnet.

Während dieser Handlung wehte von unserm Hause auf besondern Wunsch des Herrn Doctors die deutsche Flagge, und von dem Neubau unsers Capitäns flatterte lustig die Nationalflagge der Rehobother Bastards, ihre eigenste und neueste Erfindung. Unabsichtlich hat diese Flagge die deutschen Farben nur in anderer Reihenfolge und Form. Das innere viereckige weiße Feld wird umschlossen von einem breiten rothen und dann von einem schwarzen Rand.

Als ich die Leute nach ihrem Gedanken bei der Wahl dieser Farben fragte, antwortete man mir, der schwarze äußere Rand bedeute die Nacht und das Dunkel des schon so lange anhaltenden Krieges und all des Elendes, unter dem sie seufzten der sich daran schließende Rand bedeute ihr Blut, das sie im Kriege vergossen und durch das sie sich zum lichten Frieden, der durch das weiße Feld bedeutet würde, hindurch zu ringen hofften.

Am Montag verständigte man sich denn auch über den Contract. Derselbe wurde unterzeichnet und am Nachmittag desselben Tages reiste Dr. Höpfner wieder ab, um nun, nachdem ihm sein Vorhaben bei den Bastards geglückt, es einmal bei Maharero zu versuchen. Möge dieser selbstständige Schritt der Bastards zu ihrem Heile gereichen und mögen sie sich in ihren Hoffnungen, die sie daran knüpfen, nicht täuschen! Manche Veränderungen und auch für sie nicht angenehme Dinge werden aus diesem Schritt für sie in Zukunft erwachsen, darüber täuschen sie sich auch selbst nicht, allein es ist doch zunächst jetzt eine gewisse Aussicht vorhanden, daß geordnete Zustände im Lande hergestellt werden. Obwohl ich als Zeuge und Dolmetscher bei den Verhandlungen zugegen war, so habe ich mich doch möglichst aller

einer andern Stelle gerufen und stieg, statt herumzugehen, über das im Gange befindliche Getriebe und gerieth dabei mit dem rechten Fuße in die Trommel. Der Fuß wurde ihr, ehe die Maschine zum Stehen gebracht werden konnte, zermalmt. Es erfolgte sofortige Ueberführung nach dem Stadt-Lazareth, wo das Bein bis zum untern Knie amputirt wurde.

— **Lyck**, 26. Jan. In verflossener Nacht ist die von Johannisburg kommende Post angefallen worden. Im Baikower Walde — nicht weit von der Postagentur Baitkoren — stürzten zwei Wegelagerer hervor und während der Eine die Pferde anhielt, hieb der Andere mit einem dicken Knüppel auf den Postillon ein. Der Postillon hieb aber fest auf die Pferde ein und da der die Pferde haltende Kerl stürzte, gelang es ihm zu entkommen. Der von Blut triefende Postillon wurde hier verbunden, zum Glück sind seine Wunden nicht gefährlich. Die Räuber hofft man zu ermitteln

— **Bromberg**, 28. Jan Wegen des s. Z. gemeldeten kurz vor Weihnachten auf der Eisenbahnstrecke Inowrazlaw-Posen, bei Station Amsee, vorgekommenen Eisenbahnunfalls ist, wie die Bromb. „Ostd. Pr." erfährt, gegen fünf Personen die Anklage wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports erhoben worden. Der Schaden, welcher dem Eisenbahnfiskus durch diesen Unfall erwächst, soll sich auf circa 100 000 Mk belaufen.

Locales.

Thorn, den 29. Januar 1885.

— **Thauwetter**. Freilich, wir hätten es uns denken können! Nachdem der Winter nach langer Abwesenheit nun einmal ernstlich gesagt hat: „Hier bin ich!", so wäre es auch zu viel verlangt gewesen, wenn er gleich hätte hinzufügen sollen: „Hier bleibe ich!" So weit ist es mit der Winterherrlichkeit denn doch noch nicht wieder gediehen, und der alte Herr ist durchaus nicht sicher, daß er aus seinem eigenen Hause mitten während seiner eifrigsten Regieruug nicht plötzlich an die Luft gesetzt wird. Und so ist es denn auch richtig gekommen. Die schönen Eis-Freuden, die uns so kärglich geboten wurden, werden bald wieder Dinge sein, von denen man nur noch als angenehme Erinnerung spricht und die alte Behauptung wird doch wieder auftauchen: „Es giebt ja keinen — rechten Winter mehr." Die gelehrten Wetter-Propheten haben diese letztere Behauptung übrigens schon aufgestellt. Sie verkündigen anhaltendes wärmeres Wetter, von dem wir nur wünschen wollen, daß es nicht von allzugroßer „Nassigkeit" begleitet ist. Ein rapides Thauwetter hat übrigens seine ernsten Bedenken, Der anhaltende Frost hat aller Orten mächtige Eislager geschaffen und es wäre gerade kein erfreuliches Nachspiel zu der genossenen Herrlichkeit, wenn sich irgendwo noch eine Ueberschwemmung einstellen sollte. Von dem letzteren Artikel haben wir in Deutschland gerade genug gehabt.

— **Die Director-Stelle in der städtischen höhern Töchterschule** ist jetzt durch den bisherigen Oberlehrer Herrn Dr. Cunerth, welcher seit Abgang des früheren Directors die Dirigenten-Geschäfte in Vertretung führte, wieder definitiv besetzt. Wie wir hören, erhielt Herr Dr. Cunerth gestern die Bestätigung als vom Magistrate gewählter Dirigent.

— **Die gestrige Generalversammlung des Fechtvereins** Verband Thorn verhandelte dem Programm gemäß zunächst über die brennende Frage der Abzweigung des Verbandes von der Reichsoberfechtschule zu Magdeburg. Nachdem der Vorsitzende Herr Wachs um 8½ Uhr die von circa 20 Fechtmeistern und ebensoviel Fechtschülern besuchte Sitzung eröffnet hatte, nahm der Schriftführer Herr Frank das Wort und bewies an der Hand einzelner Paragraphen des von Magdeburg entworfenen Statuts, die stiefmütterliche Behandlung entfernter liegender Fechtschulen, also auch des hiesigen Verbandes. Am Schlusse seiner Ansprache stimmte derselbe auf Grund seiner angeführten Motive und, wie aus dem Ganzen zu ersehen war, im Einverständniß mit dem Vorstande für Abzweigung bezw. Auflösung des Verbandes. Herr May erklärte sich gegen die Ansicht seines Vorredners. Er meinte, daß man es bereits mehrere Male versucht habe, sich selbstständig zu machen, um für einen engeren Kreis zu wirken, was jedoch noch immer fruchtlos gewesen. Er meinte, der Delegirte zur letzten Delegirten-Versammlung in Magdeburg, hätte sich der Interessen des Vereins mehr annehmen sollen; er stimmte schließlich für Aufrechterhaltung der alten Ordnung. Herr Sand wies den Vorwurf des Herrn May zurück und berief sich auf die von ihm in Magdeburg gestellten, protokollirten Anträge, welche entweder kurzweg abgeschlagen oder gar unbeachtet gelassen wurden. Herr Frank wies darauf im Anschlusse daran die Rücksichtslosigkeit der Oberschule nach, die den Delegirten der einzelnen Verbände nicht einmal die Reisespesen vergüten wolle, es damit also gewissermaßen unmöglich mache, mit ihr in Fühlung zu bleiben. Der Verein habe in den letzten ¾ Jahren nicht weniger als 5000 Mark abgeliefert, könne dafür also auch beanspruchen, daß die wohlberechtigten Anträge seines Delegirten nicht unerwogen abgelehnt werden. Herr Frank führte ferner an, daß sich die Kosten des Processes zwischen Magdeburg und Lahr auf ca. 30 000 Mk belaufen würden. Herr Superintendent Schnibbe dankte darauf dem Herrn Vorsitzenden in einer längeren Ansprache für die seinem Waisenhause in Mocker gewährten Unterstützungen und empfahl dasselbe dem weiteren Wohlwollen des Vereins. In der darauf folgenden Namen-Abstimmung erklärte sich die ganze Versammlung, mit Ausnahne der Herren May und Kowalewski für Auflösung des Verbandes und stimmte dem vorgeschlagenen Proteste zu. Sodann erfolgte die Wahl dreier Revisoren zur Abrechnung mit der Reichsoberfechtschule in der Person der Herren Baader, Böhmer und Schultz. Mit der Ausarbeitung eines Entwurfs zur Neubegründung eines ähnlichen Vereins wurde der frühere Vorstand betraut und wird derselbe die Skizze eines Statuts einer bald zu berufenden General-Versammlung vorlegen.

— **Gauturnen.** Wie schon berichtet, wird am Sonntag (1. Februar) hier ein Gau-Turntag abgehalten. Das Gauturnen findet Nachmittags 3 Uhr in der Turnhalle der Knaben-Mittelschule statt. Dem Turnen folgt eine gemüthliche Versammlung der betheiligten Turner.

— **Ergänzende Notizen.** Bezüglich der beiden Unglücks-Fälle, über welche gestern berichtet wurde ist nachzutragen, daß die Leiche des Besitzers Pohl aus Ollek in's städtische Krankenhaus gebracht wurde und von dort aus am Sonntag nach Gurske zur Beerdigung überführt wird. — Die Frau, welche gestern ein Bein brach, wurde auf Anordnung des Herrn Polizei-Commissar in's Krankenhaus gebracht.

— **Den russischen Grenz-Verkehr betreffend** ist zu notiren, daß durch Beschluß des russischen Ministerraths die Einfuhr ausländischer Race-Schweine nach Rußland gestattet ist.

— **Laut Polizei-Bericht** wurden in den letzten 24 Stunden sechs Arrestanten, darunter 2 Bettler, eingebracht. — In einem in der Johannisstraße aufgestellten Möbelwagen wurden 2 Wand-Candelaber und eine Milchglas-Glocke gefunden; diese Sachen sind wahrscheinlich gestohlen und vom Dieb in dem Möbelwagen versteckt worden. Eigenthümer kann sich bei Herrn Polizei-Commissar Finkenstein melden.

— **Lotterie**. Bei der gestern fortgesetzten Ziehung 4. Klasse 171. königl. preuß. Klassenlotterie sind folgende Gewinne gezogen:

3 Gewinne von 15 000 Mark auf Nr. 18 358 35 162 75 527.

5 Gewinne von 6000 Mark auf Nr. 18 985 36 032 38383 73 390 78 420.

41 Gewinne zu 3000 Mk. auf Nr. 1563 2150 3320 3343 8371 9108 9490 9532 21 508 21 891 22 248 22 370 22 809 23 575 25 147 27 215 28 390 28 962 32 529 33 052 33 430 34 296 36947 37 505 38 267 39 204 46 818 47 076 66 258 66 392 67 161 67 863 70 071 75 862 79 114 81 165 82 696 84 602 89 085 90 797 92 938.

50 Gewinne zu 1500 Mk. auf Nr. 2494 3893 4786 7442 8365 8597 8800 9316 13 328 15 724 16 990 19 841 21 494 21 521 21524 21 593 21 997 23 302 23 640 23 678 24 567 29 121 31 717 37 517 37 852 39 554 50 951 52 823 54 106 55 167 57 455 58 136 58 445 62 619 63 024 64 413 65 022 66 401 68 678 71 584 73 135 74 029 78 206 80 063 87 580 87 889 90 145 90 518 92 430 94 202.

Aus Nah und Fern.

— * **Lord Walsingham,** ein britischer Pair, ist jüngst ganz unerwartet in den Besitz eines Vermögens von etwa 100 Millionen Mark gelangt. Der Ururonkel desselben begab sich vor vielen Jahren nach Indien und erwarb sich dort großen Reichthum. Er starb in Indien und vermachte sein ganzes Vermögen seiner Schwester, Miß Jennings, die in Irland wohnte. Unerklärlicherweise erhielt diese Dame niemals Nachricht davon, daß sie zur Universal-Erbin ihres Bruders, den man verschollen glaubte, eingesetzt sei. Das Geld war in der Bank von England deponirt und lag dort bis Ende vorigen Jahres, als die Bank-Behörde die Nachkommen von Miß Jennings ersuchte, sich zu melden. Mit den angelaufenen Zinsen hat die Erbschaft die angegebene Höhe erreicht.

— * **(Sic transit gloria mundi!)** Das Begräbniß des ehemaligen Hofkünstlers des Kaisers, Bellachini, hat am Dienstag in Berlin in sehr stiller Weise stattgefunden. Kaum dreißig Personen, die Familie und einige nähere Freunde, hatten sich am Sarge eingefunden.

— * **(Aus dem Gerichtssaale.)** Richter: Leben Ihre Eltern noch? — Angeklagter: Der Vater ist todt — Richter: Und was ist Ihre Mutter? — Angeklagter: Die ist Wittwe. — Richter: Das versteht sich von selbst, wenn Ihr Vater nicht mehr lebt. Ich meine, was sie macht? — Angeklagter: Ich danke, sie befindet sich ganz wohl. — Richter, nach einer verdrießlichen Pause: Sie stehen unter Anklage, den Gerichtsvollzieher getäuscht zu haben, als er behufs Auspfändung zu Ihnen kam. — Angeklagter: Aber wie so denn Herr Gerichtshof? — Richter: Sie sagten, Sie wären ausgezogen, und doch waren Sie da? — Angeklagter: Habe nur die Wahrheit gesagt, ich lag im Bette, als der Herr eintreten wollte, mithin war ich doch ausgezogen.

— * **Ueber den muthmaßlichen Mörder des Polizeirathes Rumpff in Frankfurt a. Main,** den Schuhmacher Julius Adolf Lieske aus Zossen bei Berlin, mögen hier folgende Mittheilungen Platz finden; Lieske ist 22 Jahre alt Er kam im Herbst von Genf nach Basel und fand in letzterer Stadt Arbeit. Sein Meister schildert ihn als einen fleißigen und tüchtigen Arbeiter. Lieske hat sich aber auch durch seine Aeußerungen als Anarchist bekannt und dies ist wohl der Grund gewesen, weshalb er seinen Meister, der diese Ansichten durchaus nicht billigte, verlassen hat.

Fonds- und Producten-Börse.

Getreide-Bericht der Handelskammer zu Thorn.

Thorn, den 29. Januar. 1885.

Wetter: Thauwetter, Regen.

Weizen behauptet. 120 pfd. bunt 140 Mk 121/2 pfd hell 144 Mk 125 pfd hell 145 Mk 128 pfd. fein 146 Mk

Roggen unverändert 118/9 pfd. 121 Mk 120/1 pfd. 123 Mk 123/4 pfd. 125 6 Mk

Gerste Futterwaare 112—120 Mk Brauw 127—133

Erbsen Futterwaare. 115—120 Mk Kochw. 135—146. Mk

Hafer geringer 118—121 Mk mittler 125—129 Mk feiner 130 132 Mk

Wicken 115—120 Mk

Lupinen blaue 68—76 Mk

Alles pro 100 Kilo

Telegraphische Schlußcourse.

Berlin, den 29. Januar.

		28./1. 85
Fonds: fest.		
Russ. Banknoten	214—65	214—35
Warschau 8 Tage	214—40	214—15
Russ. 5proc. Anleihe v. 1877	fehlt.	99—60
Poln. Pfandbriefe 5proc.	65—90	65—70
Poln. Liquidationspfandbriefe	58—60	58—50
Westpreuß. Pfandbriefe 4proc.	102—40	102—30
Posener Pfandbriefe 4proc.	101—60	101—70
Oesterreichische Banknoten	165—70	165—60
Weizen, gelber: April-Mai	165	165—75
Juni-Juli	170—75	171—50
loco in New-York	91	92
Roggen: loco	145	145
April-Mai	145—50	146—20
Mai-Juni	145—75	146—50
Juni-Juli	146—50	147—25
Rüböl: April-Mai	52—40	52—50
Mai-Juni	52—70	52—90
Spiritus: loco	43—30	43—20
April-Mai	44—80	44—70
Juni-Juli	45—90	45—90
Juli-August	46—70	46—60

Reichsbank-Disconto 4%. Lombard-Zinsfuß 5%.

Meteorologische Beobachtungen.

Thorn, den 28. Januar. 1885.

	St.	Barometer mm.	Therm. oC.	Windrichtung und Stärke.	Bewölkg.	Bemerkung
28.	2pp	752,5	— 1.0	SW 2	10	
29.	10h p	753,4	— 2.8	SW 2	10	
	6h a	751.5	— 2.1	SW 1	10	

Wasserstand der Weichsel bei Thorn am 29. Januar 1,46 Meter.

Eingesandt.

Einsender von vorgestern möge sich deutlicher ausdrücken, oder sich mit seiner Beschwerde direct an die Gasanstalt wenden, diese ist verpflichtet und auch stets bereit, Uebelstände von denen sie Mittheilung erhält, möglichst schnell zu beseitigen. Bei strenger Kälte können dieselben allerdings so zahlreich eintreten, daß ihre Erledigung eine Verzögerung erleidet.

Der speciell angegebene Fall nun, daß die rechte (ist damit die südliche gemeint?) Seite der Breitenstraße schlechte Zuleitung gehabt haben soll, ist nicht recht verständlich, denn in der Breitenstraße ist nur ein Gasrohr vorhanden, aus denen beide Seiten das Gas erhalten, so daß die Zuströmung auf beiden Seiten gleich sein muß. Es kann also wohl nur gemeint sein, daß in mehreren Geschäftslocalen gleichzeitig das Gas nicht gebrannt hat. Hieran könnten aber nur örtliche Mängel an den Gasleitungen in den Häusern die Veranlassung gewesen sein.

Die Gasanstalt verwendet nun schon seit Jahren, und namentlich an solchen durch Kälte gefährdeten Orten nur noch sogenannte trockene Gasmesser, und zwar mit so gutem Erfolge, daß Störungen durch Kälte nur noch in vereinzelten Fällen vorkommen. Offenbar kann die Gasanstalt aber nicht die 12000 vorhandenen Gasflammen selbst beaufsichtigen, sondern nur in den Fällen Hülfe bringen, die ihr mitgetheilt werden. Von der südlichen Seite der Breitenstraße sind seit 2 Wochen nur 4 Mittheilungen über vorhandene Mängel bei der Gasanstalt eingegangen, von denen 2 an demselben Tage an denen die Mittheilung eintraf, erledigt sind.

Was die Leuchtkraft des Gases betrifft, so ist seit etwa 3 Jahren durch theilweise Verwendung einer sehr guten Kohle eine wesentliche Verbesserung eingetreten, so daß das hiesige Gas viel besser ist, wie in vielen anderen Städten.

Müller.

Beeinflussung auf die Entscheidung der Leute enthalten. Wie ich schon oben sagte, haben sie diesen Schritt selbstständig gethan.

Aus dem Süden des Landes kamen in diesen Tagen wieder allerlei beunruhigende Gerüchte. Schon vor längerer Zeit hatte Hendrick Witbooi unserem Capitän geschrieben, er werde im October wieder heraufkommen, um den Frieden mit Maharero weiter zu befestigen. Jetzt vor kurzem sandte Manasse, der Häuptling von Hoachanas Bericht hierher, Hendrik Witbooi sei schon mit einer Kriegsmacht im Anmarsche. Durch eine Traum-Erscheinung sei ihm der Befehl geworden, Kamaharero zu fangen. Jetzt neuerdings heißt es wieder, er sei zwar noch nicht aufgebrochen, rüste sich aber dazu. Der arme Mensch scheint in seiner Ueberspanntheit bedeutend fortgeschritten zu sein. Es heißt, daß er sich öfters längere Zeit am Grabe seines Großvaters aufhalte und in dieser Zeit dann weder Speise noch Trank zu sich nehme und dort allerlei Befehle, die keineswegs harmloser Natur sind, empfange. Wenn er sich weigere, diese Befehle auszurichten, so koste es ihm das Leben. Hoffentlich sind dies letztere nur Gerüchte und Uebertreibungen, sie sind aber immerhin ein Anzeichen davon, wie es drunten in den Herzen der Namas noch gährt und wie wenig Friedensneigungen noch bei vielen vorhanden sein müssen.

* * *

Gesuch an Se. Majestät den deutschen Kaiser.

Nach dem holländischen Original.

An Se. Kaiserliche Königliche Majestät den Kaiser von Deutschland.

Rehoboth, den 11. October 1884.

Wir haben gehört, daß die deutsche Reichsregierung die Protection des Küstengebiets von Nama- und Hereroland auf sich genommen hat, womit wir völlig einverstanden sind.

Da wir nun zu Deutschland, das ja schon seit Jahren Missionare zu uns gesandt hat, das Vertrauen haben, daß man unsere Interessen und unser Wohlsein im Auge behalten wird, so würden wir es mit Dank und Freude aufnehmen, wenn Ew. Kaiserliche Majestät es nicht bei der Beschirmung des Küstenlandes bewenden ließe, sondern dieselbe auch über uns ausdehnte.

Zwar sind wir Bastards stark genug, um uns gegen die nun schon Jahre lang dauernden Räubereien von verschiedenen Namastämmen zu wehren, aber durch diese unausgesetzten Räubereien ist unser Wohlstand sehr bedeutend beschädigt.

Darum geht unsere Bitte an Ew. Kaiserliche Majestät dahin, auf Grund Ihrer Majestät Proclamation, bei der Inschutznahme von uns, die Rechte unserer Freiheit und Selbstständigkeit zu verbürgen.

Diesen Brief übergeben wir unserem Freunde, dem Afrikareisenden Dr. C. Höpfner, der Land und Leute schon seit langer Zeit kennen gelernt hat, und bitten ihn, dieses Schreiben an die deutsche Regierung zu überbringen.

Mit der Bitte, Ew. Kaiserliche Majestät wolle obenstehendes Gesuch gnädig erfüllen, nennen wir uns ehrerbietigst.

die Bastards von Rehoboth
(folgen die Unterschriften.)

Vertrag.

Zwischen dem Herrn Dr. C. Höpfner, welcher Vollmachten des Herrn Dr. Nachtigal, General-Consul des deutschen Reiches, vorgezeigt hat, auf der einen und Hermannus von Wyk, Capitän der Rehobother Bastards, auf der anderen Seite ist heute folgender Vertrag geschlossen worden:

Die Bastards richten durch ein Schreiben das Gesuch an Se. Majestät den Kaiser von Deutschland: das kaiserliche Protectorat möge sich doch auch über ihr Gebiet erstrecken und verpflichten sich zu Folgendem:

Unter Vorbehalt ihrer besonderen Rechte und Freiheit überlassen sie die Regelung ihrer Beziehungen zu anderen Häuptlingen und fremden Nationen dem in Südwest-Afrika angestellten Repräsentanten des deutschen Reiches.

Die Rechtspflege über die Beisassen und Fremdlinge sammt deren Angestellten und Dienern überlassen sie dem Repräsentanten des deutschen Reichs und stehen alle Beisassen und Fremdlinge mit ihren Angestellten und Dienern unter dem deutschen Gesetz, indeß ohne Benachtheiligung der besonderen Rechte der Bastards.

Den deutschen Reichsunterthanen wird unter noch näher festzustellenden Bedingungen die größte Vergünstigung für Handel, Industrie, Minen, Anlagen von Straßen und Wasserwerken in unserem Lande zugestanden.

Der Herr Dr. Höpfner verpflichtet sich dagegen, so viel als möglich dahin zu wirken, daß baldigst Friede und Ordnung im Lande hergestellt werden;

daß die Selbständigkeit, Freiheit und die wohlerworbenen Rechte der Bastards anerkannt und beschützt werden;

daß durch Bergwerksanlagen denen, die Verdienst suchen, Arbeit gegeben wird;

daß die Bastards bis zur Wiederherstellung des Friedens im Lande mit der nötigen Munition versehen werden, die sie später zu bezahlen haben.

Endlich erkennen die Bastards dem Herrn Dr. Höpfner das erste Recht zu, Minen in ihrem Gebiete zu erwerben.

Also festgestellt und unterzeichnet in duplo.

Rehoboth, 11. October 1884.

(Unterschriften.)

Bekanntmachung.

Ortsstatut

betreffend die Ertheilung der Erlaubniß zum Betriebe der Gastwirthschaft und zum Ausschänken von Wein, Bier u. s. w. in der Stadt Thorn.

Für den Gemeindebezirk der Stadt Thorn wird auf Grund des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und in Gemäßheit des Artikel 2 zu b Reichsgesetze vom 23. Juli 1879 (Reichsgesetz-Blatt Seite 268) und § 142 der deutschen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 (Bundesgesetzblatt Seite 245) mit Genehmigung des Bezirks-Ausschusses für den Regierungsbezirk Marienwerder (§ 16 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 Gesetzsammlung Seite 237) Folgendes verordnet:

Die Erlaubniß zum Betriebe der Gastwirthschaft, oder zum Ausschänken von Wein Bier oder anderen nicht unter Art. 3 zu a des Reichs-Gesetzes vom 23. Juli 1879 fallenden geistigen Getränken, ist in der Stadtgemeinde Thorn von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig.

Diese Vorschrift tritt mit der Verkündigung in Kraft.

Thorn, den 19. September 1884.

Der Magistrat.

(L. S.) gez **Wisselink.**

Vorstehendes Ortsstatut ist von uns genehmigt.

Thorn, den 24. September 1884.

Die Stadtverordneten.

gez. **Böthke.**

Vorstehendes Ortsstatut wird auf Grund des § 11 Abs. 2 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 in Verbindung mit § 16 Abs. 3 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 bestätigt.

Marienwerder, den 29. October 1884

(L. S.)

Der Bezirks-Ausschuß.

In Vertretung.

gez. v. Köhler.

Bekanntmachung.

Nachstehender Erlaß:

Marienwerder, den 19. Januar 1885.

Auf die Berichte vom 27. October v. Js. und 9. Januar d. Js. will ich in Gemäßheit des § 4 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) hiermit genehmigen, daß dem städt. Schlachthaus Inspector **Krause** dortselbst die Beaufsichtigung des dortigen Viehmarktes gemäß §§ 2 Absatz 3 und 17 des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880 (R.-G.-B. S. 153) auf die Dauer seines Hauptamtes übertragen werde.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung:
(gez.) **von Pusch.**

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Thorn, den 22. Januar 1885

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der Chausseegeld-Erhebung auf den der Stadt Thorn gehörigen Chausseestrecken, nämlich der sogenannten

Bromberger
Lissomitzer und } Chaussee
Culmer

auf das nächste Etatsjahr 1. April 1885/86 haben wir einen Licitations-Termin auf

Dienstag, d. 10. Februar cr.,
Vormittags 11 Uhr

im Saale der Stadtverordneten — 2 Treppen hoch im Rathhause — anberaumt, zu welchem Pachtbewerber hierdurch eingeladen werden.

Die Bedingungen, von welchen gegen Erstattung der Copialien Abschriften ertheilt werden, liegen in unserem Bureau I. zur Einsicht aus. Jede Chaussee wird besonders ausgeboten.

Die Bietungs-Caution beträgt für jede der drei Chausseen 600 Mark.

Thorn, den 17. Januar 1885.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Vermiethung des rathhäuslichen Gewölbes Nr. 6 u. 7 und des Kellers Nr. 33 auf drei Jahre pro 1. April 1885/88 haben wir einen neuen Licitations-Termin auf

Dienstag, den 3. Februar cr.,
Mittags 12 Uhr

im Sitzungssaale der Stadtverordneten — im Rathhause 2 Treppen hoch — anberaumt, zu welchem Miethsbewerber hierdurch eingeladen werden.

Die Vermiethungs-Bedingungen liegen in unserem Bureau I zur Einsicht aus und werden auch im Termine bekannt gemacht.

Thorn, den 20 Januar 1885.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die rathhäuslichen Gewölbe Nr. 32 und Nr. 34 sollen zur Verpachtung für die Zeit vom 1. April 1885 bis dahin 1888 nochmals ausgeboten werden.

Wir haben zu diesem Zwecke einen Termin auf

Dienstag, den 3. Februar cr.
Mittags 12 Uhr

im Saale der Stadtverordneten (2 Treppen hoch) angesetzt, woselbst die Pachtbedingungen wieder bekannt gemacht werden.

Thorn, den 23 Januar 1885.

Der Magistrat.

Koaks

verkauft unsere Gasanstalt im Einzelnen den Centner mit 100 Pf., bei Entnahme von 20 Ctr. und mehr mit 90 Pf und liefert denselben auf Wunsch ins Haus, wofür innerhalb der Stadt 10 Pf für den Ctr. erhoben werden.

Für den Kleinverkauf wird der Koaks auf einer Zerkleinerungsmaschine zerbrochen und wird dadurch zur Ofenheizung noch geeigneter als in großen Stücken.

Thorn, den 22. Januar 1885.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im Interesse der ländlichen Bevölkerung besteht die Einrichtung, daß die Landbriefträger auf ihren Bestellgängen Postsendungen anzunehmen und an die nächste Postanstalt abzuliefern haben.

Jeder Landbriefträger führt auf seinem Bestellgange ein Annahmebuch mit sich, welches zur Eintragung der von ihm angenommenen Sendungen mit Werthangabe, Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnlichen Packeten und Nachnahmesendungen dient.

Will ein Auflieferer die Eintragung selbst bewirken, so hat der Landbriefträger demselben das Buch vorzulegen.

Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger muß dem Absender auf Verlangen durch Vorlegung des Annahmebuches die Ueberzeugung von der stattgehabten Eintragung gewährt werden.

Es wird hierauf mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß die Eintragung der Sendungen in das Annahmebuch das Mittel zur Sicherstellung des Auflieferers bietet.

Danzig, den 8. Januar 1885.

Der Kaiserl. Ober-Post-Director.

Kirchliche Nachrichten.

In der evangelisch-lutherischen Kirche:
Freitag, den 30. Januar, Abends 6 Uhr.
Gregor von Nazianz.
Herr Pastor Rehm.

Verantwortlicher Redakteur Carl Thumm in Thorn. Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck in Thorn.